

Hengersberg, 18. Mai 2010

Resolution

Die Donau zwischen Straubing und Vilshofen besitzt eine überragende Bedeutung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die Sicherung natürlicher Ressourcen; außerdem ist sie ist auch der letzte, große naturnahe, unverbauete Stromabschnitt in Niederbayern und ist damit sehr wichtig für die Erholungsnutzung durch die örtlichen Bevölkerung. Dies ist auch ein nicht zu unterschätzender weicher Standortfaktor für die heimischen Wirtschaftsbetriebe.

Die Bestrebungen, den Fluss auch hier mit einer Staustufe und einem Schleusenkanal zu verbauen, widersprechen allen zeitgemäßen Erkenntnissen und Anforderungen. Die Vorteile für den Güterverkehr im Donauroum wären unbedeutend; demgegenüber stehen nicht wiedergutzumachende Schäden für die Fluss- und Auenökosysteme und die betroffenen Menschen in der Region.

Im Bezug auf den Hochwasserschutz ist seit Jahren bekannt, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um für unseren Landkreis Sicherheit gegenüber einem Jahrhunderthochwasser zu gewährleisten.

Die Rhein-Main-Donau Wasserstraßen GmbH (RMD) hat ein massives wirtschaftliches Eigeninteresse an einem weiteren Staustufenausbau der Donau. Daher ist von Seiten der RMD keinerlei neutrale Planung, Bewertung und Beratung der Entscheidungsträger zu erwarten.

Der Kreisverband der Freien Wähler Deggendorf fordert die Entscheidungsträger der Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung daher auf:

1. Alle Pläne zur Staustufenkanalisierung des letzten Freiflussabschnitts der Donau in Bayern endlich „ad acta“ zu legen. Die Donau ist entweder in ihrer jetzigen Form zu erhalten und ökologisch im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie zu optimieren; maximal kann eine weitere Verbesserung der Schifffahrtsbedingungen mit flussregulierenden Mitteln (gemäß einer ökologisch optimierten Variante A) zugelassen werden]
2. Dem Bundestagsbeschluss von 2002, nach dem Haushaltsmittel des Bundes ausschließlich für die flussregulierende Variante A verwendet werden dürfen, Geltung zu verschaffen.

3. Die e.on-Tochter Rhein-Main-Donau AG (RMD) nicht mehr in künftige Entscheidungsvorbereitungen mit einzubinden. Hierzu darf die RMD keine Aufträge (einschließlich der sog. „Zusätzlichen Untersuchungen“) mehr erhalten oder anderweitig Einfluss nehmen. Untersuchungsaufträge sind ausschließlich von neutraler Seite vorzubereiten, zu vergeben und abzuwickeln
4. Der Hochwasserschutz ist von dem geplanten Ausbau der Wasserstraße zu entkoppeln, um so für unsere Region baldmöglichst einen vollständigen Schutz vor einem Jahrhunderthochwasser zu gewährleisten.

Diese Resolution wurde von den Teilnehmern der Sitzung der Freien Wähler des Kreisverbandes Deggendorf beschlossen:

Hengersberg, 18.Mai 2010